

Sitzung des Gemeinderates

- öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 20.04.2023

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Manuel Prieler Johannes Mecke Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Gertrud Mörike Klara Mörike Dr. Stephanie Moser Günter Peischl Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner		

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Veit Wiswesser
Johann Zehetmair
Stefan Zehetmair

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Der Bürgermeister weißt zudem daraufhin, dass in heutiger öffentlicher Sitzung Fotos gemacht werden. Das Gremium nahm dies stillschweigend zur Kenntnis.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Frau Leitner, Herrn Guist, Frau Veit und Herrn Mecke nachträglich zum Geburtstag.

Des Weiteren wurde der bisherige Hauptamtsleiter Herr Martin Müller in die Freistellungsphase der Altersteilzeit verabschiedet. Der Bürgermeister bedankte sich für die stets hervorragende Zusammenarbeit und wünscht Herrn Müller nur das Beste für die Zukunft.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

407 25 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 25:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2023, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

408 25 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Der Vorsitzende macht den Gemeinderatsbeschluss Top 4.10 der heutigen nicht-öffentlichen Sitzung aufgrund des Wegfalles der Geheimhaltung öffentlich bekannt.

„Der Gemeinderat schließt sich dem Vorschlag der Verwaltung an und beschließt, im Stellenplan 2023 – im Vorgriff auf den Stellenplan 2024 – eine zusätzliche Stelle „Klimaschutzmanager/in“ in Vollzeit in Entgeltgruppe 11 auszuweisen.“

AZ 024
Hauptamt

409 25 **Bildung und Besetzung von Ausschüssen; Erklärung eines Mitglieds zum Wechsel des Wahlvorschlagsträgers - Anpassung der Zusammensetzung der Ausschüsse**

a)Feststellung Verlust Ausschusssitz Frau Saran Diané gemäß Art. 33 Abs. 3 Satz 2 GO

Der Vorsitzende gibt die beiden Schreiben der SPD-Fraktion vom 02.04.2023 sowie der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 27.03.2023 bekannt, in dem die Fraktionen darüber informieren, dass sich Frau Saran Diané zum 01.04.2023 wieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen anschließt.

Gleichzeitig wurde im Schreiben der SPD Fraktion mitgeteilt, dass sich Frau Saran Diané entschlossen hat, die SPD-Fraktion wieder zu verlassen.

Frau Saran Diané hat bisher als parteifreies Mitglied der SPD-Fraktion angehört.

Mit dem vorgenannten Fraktionswechsel verliert Frau Diané gemäß Art. 33 Abs. 3 Satz 2 GO die ihr bisher auf Vorschlag der SPD-Fraktion zugeteilten Ausschusssitze kraft Gesetz. Die Abberufung erfolgt formal durch einen feststellenden Gemeinderatsbeschluss.

Beschluss: 25:0

Der Gemeinderat nimmt die Erklärungen bzw. die Schreiben der Fraktionen über den Wechsel von Frau Saran Diané sowie den Sachstand und die

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Erläuterungen bezüglich der Auswirkungen des Fraktionswechsels zur Kenntnis.

Gemäß Art. 33 Abs. 3 Satz 2 GO wird zunächst festgestellt, dass Frau Saran Diané aufgrund ihres Wechsels von der SPD-Fraktion zur Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (zum 01.04.2023) die ihr bisher auf Vorschlag der SPD zugeteilten Ausschusssitze verliert.

b)Anpassung der Besetzung von Ausschüssen für die Wahlperiode 2020 – 2026

Der Vorsitzende informiert das Gremium weiter darüber, dass dieser Wechsel von einer Fraktion zur anderen Fraktion, hier von der SPD-Fraktion zur Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, zu einer Änderung des Stärkeverhältnisses im Gemeinderat führt.

Das Ergebnis zur Wahl des Gemeinderats aus 2020 hat folgendes bisheriges Stärkeverhältnis ergeben:

PWU	9 Sitze
SPD	6 Sitze
CSU	4 Sitze
Bündnis 90/Die Grünen	4 Sitze
FDP	1 Sitz

Noch vor der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats hat Frau Saran Diané mit Schreiben vom 23.04.2020 Ihren Wechsel vom Wahlvorschlagsträger Bündnis 90 / Die Grünen zur SPD-Fraktion erklärt, welcher Sie als parteifreies Mitglied angehören möchte.

Somit ergibt sich dann folgende Zusammensetzung der Fraktionen, welche für die Ausschussberechnung von Bedeutung ist:

PWU	9 Sitze
SPD-Fraktion	7 Sitze
CSU	4 Sitze
Bündnis 90/Die Grünen	3 Sitze
FDP	1 Sitz

Gemäß Art. 33 Abs. 2 GO ist bei der Zusammensetzung der Ausschüsse dem Stärkeverhältnis der in ihm vertretenden Parteien und Wählergruppen Rechnung zu tragen; Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GO sowie § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderats konkretisiert ergänzend, dass

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Änderungen im Stärkeverhältnis des Gemeinderats, die während der Wahlzeit durch Austritt oder Übertritt von Gemeinderatsmitgliedern eintreten, auszugleichen sind.

Das vorliegende geänderte Stärkeverhältnis im Gemeinderat erfordert daher eine Prüfung, ob sich diese Änderung auch auf die Zusammensetzung der gemeindlichen Ausschüsse auswirkt.

Die bisherige Zusammensetzung der gemeindlichen Ausschüsse gestaltet sich wie folgt:

Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss, Finanzausschuss, Jugend- und Kulturausschuss, Wohnungs- und Sozialausschuss, Umwelt-, Digital- und Energieausschuss (jeweils 8 Sitze):

CSU-Fraktion	1 Sitz
PWU-Fraktion	3 Sitze
SPD-Fraktion	3 Sitze
Bündnis 90 / Die Grünen	1 Sitz

Rechnungsprüfungsausschuss (7 Sitze)

CSU-Fraktion	1 Sitz
PWU-Fraktion	3 Sitze
SPD-Fraktion	2 Sitz
Bündnis 90 / Die Grünen	1 Sitz

Zur Zusammensetzung der gemeindlichen Ausschüsse hat der Gemeinderat das Berechnungsverfahren nach dem Sainte-Lague/Schepers Verfahren in § 5 Abs. 1 seiner Geschäftsordnung ausgewählt. Art. 33 Abs. 1 Satz 1 GO Entfallen hierbei wie im vorliegenden Fall (Wechsel der Fraktion oder des Wahlvorschlagsträgers) ein oder mehrere Ausschusssitze auf mehrere gleichrangigen Fraktionen oder Gruppen (sogenannte Pattsituation), so entscheidet das Los.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Unter Anwendung des Berechnungsverfahrens ergibt sich nunmehr (nach dem neuen Stärkeverhältnis) folgende neue Zusammensetzung der Ausschüsse:

	PWU-Fraktion	SPD-Fraktion	Bündnis 90 / Die Grünen	CSU-Fraktion	FDP
	9 Sitze	6 Sitze	4 Sitze	4 Sitze	1 Sitz
:1	9	6	4	4	1
:3	3	2	1,33	1,33	0,33
:5	1,80	1,20	0,80	0,80	0,20
:7	1,28	0,86	0,57	0,57	0,14

Neu Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss, Finanzausschuss, Jugend- und Kulturausschuss, Wohnungs- und Sozialausschuss, Umwelt-, Digital- und Energieausschuss (jeweils 8 Sitze):

CSU-Fraktion	1 oder 2 Sitz/e -Losentscheid letzter Sitz (Faktor 1,33)
PWU-Fraktion	3 Sitze
SPD-Fraktion	2 Sitze
Bündnis 90 / Die Grünen	1 oder 2 Sitz/e -Losentscheid letzter Sitz (Faktor 1,33)

Neu Rechnungsprüfungsausschuss (7 Sitze)

CSU-Fraktion	1 Sitz
PWU-Fraktion	3 Sitze
SPD-Fraktion	2 Sitze
Bündnis 90 / Die Grünen	1 Sitz

Durch die Veränderung des Stärkeverhältnisses im Gemeinderat verliert die SPD-Fraktion einen Sitz in den Ausschüssen (ausgenommen Rechnungsprüfungsausschuss welcher unverändert bleibt). Die Abberufung des bisherigen Ausschussmitgliedes der SPD – Fraktion erfolgt unter Punkt c) dieses Beschlusses.

Aufgrund dieses Rechnungsergebnisses können aktuell sieben Sitze den Wahlvorschlagsträgern / Fraktionen zugeordnet werden.

Der noch offene letzte (achte) Ausschusssitz ist aufgrund desselben Teilungsergebnisses den entsprechenden Fraktionen zuzuordnen.

Nachdem zwei Fraktionen die gleiche Teilungszahl von 1,33 haben, sind Sie entsprechend gleichrangig zum Erhalt des letzten Ausschusssitzes. In diesem Fall entscheidet laut Geschäftsordnung das Los.

Zu Beachten ist hier, dass der Losentscheid für jeden Ausschuss gesondert zu treffen ist, da der Losvorgang nach seinem Zweck jeweils einen Einzelfall entscheiden soll.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung schlägt zur Vergabe des offenen Ausschusssitzes folgendes, zweiteiliges Losverfahren vor. Dieses zweistufige Losverfahren ist bei jedem Ausschuss durchzuführen.

Erste Los-Runde:

Festlegung der Los-Reihenfolge für den offenen Ausschusssitz.

Jeder Fraktionssprecher zieht einen von insgesamt zwei Umschlägen. In jedem Umschlag befindet sich ein Zettel mit einer Nummer, der Nummernbereich ist von „1“ bis „2“.

Die gezogene Nummer legt die Position / Reihenfolge fest, an welcher der jeweilige Fraktionssprecher in Los-Runde 2 teilnimmt.

Zweite Los-Runde:

Vergabe des offenen Ausschusssitzes.

Jeder Fraktionssprecher zieht einen von insgesamt zwei Umschlägen in der im ersten Los-Verfahren festgelegten Reihenfolge. In jedem Umschlag befindet sich ein Zettel; in einem mit dem Vermerk „Sie erhalten den Ausschusssitz“, in einem mit dem Vermerk „Sie erhalten keinen Ausschusssitz“.

Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss.

Das Ergebnis der ersten Los-Runde:

1.CSU-Fraktion

2.Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Ergebnis der zweiten Los-Runde:

den Ausschusssitz erhält: CSU-Fraktion

keinen Ausschusssitz erhält: Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Finanzausschuss.

Das Ergebnis der ersten Los-Runde:

1.CSU-Fraktion

2.Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ergebnis der zweiten Los-Runde:

den Ausschusssitz erhält: Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
keinen Ausschusssitz erhält: CSU-Fraktion

Jugend- und Kulturausschuss

Das Ergebnis der ersten Los-Runde:

1.Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

2.CSU-Fraktion

Ergebnis der zweiten Los-Runde:

den Ausschusssitz erhält: CSU-Fraktion
keinen Ausschusssitz erhält: Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Wohnungs- und Sozialausschuss

Das Ergebnis der ersten Los-Runde:

1.Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

2.CSU-Fraktion

Ergebnis der zweiten Los-Runde:

den Ausschusssitz erhält: Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
keinen Ausschusssitz erhält: CSU-Fraktion

Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

Das Ergebnis der ersten Los-Runde:

1.Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

2.CSU-Fraktion

Ergebnis der zweiten Los-Runde:

den Ausschusssitz erhält: Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
keinen Ausschusssitz erhält: CSU-Fraktion

c) Abberufung Ausschussmitglieder durch Verlust Ausschusssitz sowie Berufung der neuen Ausschussmitglieder

Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse sind die jeweiligen
Wahlvorschlagsträger / Fraktionen aufgefordert, die Benennung der durch den
Gemeinderat zu berufenden bzw. abzuberufenden Mitglieder vorzunehmen.
(Art. 33 Abs. 1 Satz 1 Hs. 2, Satz 4 GO)

Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss.

Abberufung SPD-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Jutta Schödl	Heide Veit	Saran Diané

Da Frau Schödl als Ausschussmitglied abberufen wurde muss kein neuer
Stellvertreter 2 berufen bzw. bestellt werden.

Bestellung neues Mitglied auf Vorschlag der CSU-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Marianne Rader	Lorenz Ilmberger	Claudia Leitner

Nachdem Frau Marianne Rader als Ausschussmitglied für den Bau-, Verkehrs-
und Grundstücksausschuss vorgeschlagen wurde, muss Sie die Funktion des
Stellvertreter 1 für das Ausschussmitglied Manfred Axenbeck konkludent
aufgeben. Als neue Stellvertreter 1 für das Ausschussmitglied Manfred
Axenbeck wird Frau Claudia Leitner vorgeschlagen.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Finanzausschuss,

Abberufung SPD-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Veit Wiswesser	Albert Kirnberger	Saran Diané

Da Herr Wiswesser als Ausschussmitglied abberufen wurde muss kein neuer Stellvertreter 2 berufen bzw. bestellt werden.

Bestellung neues Mitglied auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Dr. Stephanie Moser	Gisela Fischer	Saran Diané

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Jugend- und Kulturausschuss,

Abberufung SPD-Fraktion (kraft Gesetzes)

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Saran Diané	Sabine Fister	Philipp Schwarz

Bestellung neues Mitglied auf Vorschlag der CSU-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Lorenz Ilmberger	Manfred Axenbeck	Marianne Rader

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Wohnungs- und Sozialausschuss

Abberufung SPD-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Philipp Schwarz	Albert Kirnberger	Saran Diané

Da Herr Schwarz als Ausschussmitglied abberufen wurde muss kein neuer Stellvertreter 2 berufen bzw. bestellt werden.

Bestellung neues Mitglied auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Johannes Mecke	Saran Diané	Dr. Stephanie Moser

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

Abberufung SPD-Fraktion (kraft Gesetzes)

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Saran Diané	Veit Wiswesser	Sabine Fister

Bestellung neues Mitglied auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Saran Diané	Gisela Fischer	Dr. Stephanie Moser

Beschluss: 25 : 0

Auf Vorschlag der jeweiligen Wahlvorschlagsträger / Fraktionen werden gemäß Art. 33 Abs. 1 Satz 1 HS 2, Satz 4 GO folgende Gemeinderatsmitglieder in die Ausschüsse berufen bzw. aus den Ausschüssen abberufen:

Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss

Abberufung SPD-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Jutta Schödl	Heide Veit	Saran Diané

Da Frau Schödl als Ausschussmitglied abberufen wurde muss kein neuer Stellvertreter 2 berufen bzw. bestellt werden.

Bestellung neues Mitglied auf Vorschlag der CSU-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Marianne Rader	Lorenz Ilmberger	Claudis Leitner

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Finanzausschuss,

Abberufung SPD-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Veit Wiswesser	Albert Kirnberger	Saran Diané

Da Herr Wiswesser als Ausschussmitglied abberufen wurde muss kein neuer Stellvertreter 2 berufen bzw. bestellt werden.

Bestellung neues Mitglied auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Dr. Stephanie Moser	Gisela Fischer	Saran Diané

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Jugend- und Kulturausschuss,

Abberufung SPD-Fraktion (kraft Gesetzes)

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Saran Diané	Sabine Fister	Philipp Schwarz

Bestellung neues Mitglied auf Vorschlag der CSU-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Lorenz Ilmberger	Manfred Axenbeck	Marianne Rader

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Wohnungs- und Sozialausschuss

Abberufung SPD-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Philipp Schwarz	Albert Kirnberger	Saran Diané

Da Herr Schwarz als Ausschussmitglied abberufen wurde muss kein neuer Stellvertreter 2 berufen bzw. bestellt werden.

Bestellung neues Mitglied auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Johannes Mecke	Saran Diané	Dr. Stephanie Moser

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

Abberufung SPD-Fraktion (kraft Gesetzes)

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Saran Diané	Veit Wiswesser	Sabine Fister

Bestellung neues Mitglied auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Saran Diané	Gisela Fischer	Dr. Stephanie Moser

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Somit ergibt sich künftig folgende Zusammensetzung der Ausschüsse:

kompletter Ausschuss unter Beachtung des neuen Stärkeverhältnisses
(je nach Losentscheid sind die leeren Felder bzw. die Abberufenen Personen zu streichen)

Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Manfred Axenbeck	Claudia Leitner	Lorenz Ilmberger
Marianne Rader	Lorenz Ilmberger	Claudia Leitner

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Simone Spratter	Udo Guist	Klara Mörike
Hans Zehetmair	Dr. Günther Ernstberger	Gertrud Mörike
Günter Peischl	Stefan Zehetmair	Manuel Prieler

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Philipp Schwarz	Sabine Fister	Veit Wiswesser
Thomas Weingärtner	Albert Kirnberger	Sabine Fister

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Gisela Fischer	Johannes Mecke	Dr. Stephanie Moser

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Finanzausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Marianne Rader	Lorenz Ilmberger	Claudia Leitner

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Manuel Prieler	Hans Zehetmair	Udo Guist
Gertrud Mörike	Günter Peischl	Stefan Zehetmair
Dr. Günther Ernstberger	Klara Mörike	Simone Spratter

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Thomas Weingärtner	Jutta Schödl	Albert Kirnberger
Sabine Fister	Philipp Schwarz	Heide Veit

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Johannes Mecke	Dr. Stephanie Moser	Gisela Fischer
Dr. Stephanie Moser	Gisela Fischer	Saran Diané

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Jugend-, und Kulturausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Claudia Leitner	Marianne Rader	Manfred Axenbeck
Lorenz Ilmberger	Manfred Axenbeck	Marianne Rader

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Klara Mörike	Manuel Prieler	Udo Guist
Hans Zehetmair	Gertrud Mörike	Günter Peischl
Simone Spratter	Dr. Günther Ernstberger	Stefan Zehetmair

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Heide Veit	Thomas Weingärtner	Albert Kirnberger
Jutta Schödl	Veit Wiswesser	Thomas Weingärtner

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Dr. Stephanie Moser	Johannes Mecke	Gisela Fischer

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Wohnungs- und Sozialausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Manfred Axenbeck	Claudia Leitner	Lorenz Ilmberger

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Manuel Prieler	Günter Peischl	Dr. Günther Ernstberger
Udo Guist	Simone Spratter	Hans Zehetmair
Klara Mörike	Stefan Zehetmair	Gertrud Mörike

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Sabine Fister	Jutta Schödl	Veit Wiswesser
Heide Veit	Thomas Weingärtner	Jutta Schödl

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Gisela Fischer	Dr. Stephanie Moser	Johannes Mecke
Johannes Mecke	Saran Diané	Dr. Stephanie Moser

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Claudia Leitner	Lorenz Ilmberger	Marianne Rader

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Gertrud Mörike	Hans Zehetmair	Klara Mörike
Udo Guist	Simone Spratter	Dr. Günther Ernstberger
Stefan Zehetmair	Manuel Prieler	Günter Peischl

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Albert Kirnberger	Sabine Fister	Philipp Schwarz
Jutta Schödl	Thomas Weingärtner	Heide Veit

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Johannes Mecke	Gisela Fischer	Dr. Stephanie Moser
Saran Diané	Gisela Fischer	Dr. Stephanie Moser

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Rechnungsprüfungsausschuss (bleibt unverändert)

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Lorenz Ilmberger	Marianne Rader	Claudia Leitner

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Dr. Günther Ernstberger	Gertrud Mörike	Simone Spratter
Stefan Zehetmair	Udo Guist	Hans Zehetmair
Günter Peischl	Klara Mörike	Manuel Prieler

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Sabine Fister	Thomas Weingärtner	Heide Veit
Albert Kirnberger	Jutta Schödl	Philipp Schwarz

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Dr. Stephanie Moser	Gisela Fischer	Johannes Mecke

Zum Vorsitzenden wird das Gemeinderatsmitglied Frau Sabine Fister und zu ihrer Stellvertretung wird das Gemeinderatsmitglied Herr Dr. Günther Ernstberger benannt.

AZ 0241
Hauptamt

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Jugendbeiratssatzung

Auf Empfehlung des Jugend- und Kulturausschusses vom 14.03.2018 (Nr. 47) hat der Gemeinderat mit Beschluss vom 12.04.2018 (Nr. 709) die „Satzung für den Jugendbeirat der Gemeinde Unterföhring“ (Jugendbeiratssatzung) beschlossen.

Die bisherigen Jugendbeiratsgremien haben die Jugendbeiratssatzung entsprechend angewandt und umgesetzt.

Am 31.05.2022 fanden die turnusmäßigen Neuwahlen des Jugendbeirats für die Amtsperiode 2022 bis 2024 statt. Der neue Jugendbeirat besteht aus 7 Sitzen gemäß der gültigen Jugendbeiratssatzung.

Mit Schreiben vom 11.01.2023 stellt der Jugendbeirat Unterföhring einen Antrag auf Änderung der Jugendbeiratssatzung. Der Antrag des Jugendbeirats ist den Mitgliedern des Gemeinderats im Vorfeld der Sitzung zugestellt worden.

Folgende Änderungen des Jugendbeirats werden mit oben genannten Schreiben vom 11.01.2023 beantragt:

Antrag 1 (Wahlen)

Die Sitze, für die es keine Bewerbungen gibt, werden an die nächst jüngere bzw. ältere Altersgruppe, in der es mehr Bewerbungen als Sitze gibt, verteilt.

Begründung

Da bei der diesjährigen Wahl des Jugendbeirats die Plätze der Altersgruppe 22-23 wegen fehlenden Bewerbungen verfallen sind, haben die Mitglieder im Plenum verschiedene Änderungsvorschläge ausgearbeitet. Die Zielsetzung war dabei, eine große Meinungspluralität zu garantieren, und dass die Altersgruppen durch die Umverteilung der Sitze jedoch trotzdem möglichst ausgeglichen bleiben.

Erläuterung/Stellungnahme der Gemeindeverwaltung

Gemäß Nr. 2.4 der Jugendbeiratssatzung gilt folgende Regelung:

Werden in einer Altersgruppe weniger Bewerbungen eingereicht als mindestens Sitze vorgesehen sind, so fällt der freie Sitz der nächst niedrigeren Altersgruppe zu, sofern für diese mehr Bewerbungen vorliegen als belegbare Sitze vorhanden sind.

Scheidet eine Besetzung des freien Sitzes nach Satz 1 aus, fällt er der nächst höheren Altersgruppe zu, sofern für diese mehr Bewerbungen vorliegen als belegbare Sitze vorhanden sind.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Scheidet eine Besetzung des freien Sitzes nach Satz 1 und Satz 2 aus, so erhält die Altersgruppe den freien Sitz, für die mehr Bewerbungen vorliegen als belegbare Sitze vorhanden sind.

Bei der letzten durchgeführten Wahl konnte der freie Sitz der Altersgruppe 4 (22 – 23 Jahre) nicht an die anderen Altersgruppen vergeben werden, da diese schon die maximale Anzahl an Sitze gemäß Nr. 2.3 der Jugendbeiratssatzung erhalten haben. (siehe auch Bekanntmachung des Wahlergebnisses vom 02.06.2022)

Um den Antrag 1 des Jugendbeirats statt zu geben, müsste man unter Nr. 2.4 der Jugendbeiratssatzung einen zusätzlichen Satz einfügen, dass die maximale Anzahl an Sitze durch die fehlenden Bewerbungen in einer anderen Altersgruppe um maximal einen Sitz überschritten werden darf.

Antrag 2 (Sitzungen)

Einführung von Arbeitssitzungen. Der Vorsitzende hat die Möglichkeit die Mitglieder des Jugendbeirats zu Arbeitssitzungen zu laden, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden.

Begründung

Der Jugendbeirat möchte Arbeitssitzungen halten, um sich intensiv mit einem Thema zu befassen, eine ungestörte Diskussion und Meinungsbildung, unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Diese würden wie die jetzigen Sitzungen gleich vergütet werden.

Erläuterung/Stellungnahme der Gemeindeverwaltung

Gemäß Nr. 6.1 der Jugendbeiratssatzung muss der Jugendbeirat mindestens viermal im Jahr eine öffentliche Sitzung abhalten.

Um den Antrag 2 des Jugendbeirats statt zu geben, müsste unter Punkt 6 der Jugendbeiratssatzung ein Unterpunkt eingefügt werden, dass der Vorsitzende die Mitglieder des Jugendbeirats zu Arbeitssitzungen zu laden, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Über die Arbeitssitzungen ist ein schriftliches Protokoll zu führen.

Antrag 3 (Sitzungen)

Reduzierung der Pflichtsitzungen. Die jährlichen Pflichtsitzungen des Jugendbeirats Unterföhring werden von vier auf drei reduziert.

Begründung

Der Jugendbeirat wünscht eine Reduzierung der regulären jährlichen Pflichtsitzungen von vier auf drei. Nach Beratung mit früheren Jugendbeiräten sind wir zu dem Schluss gekommen, dass es häufig keine ausreichende Anzahl an Themen gibt, die 4 Sitzungen im Jahr ermöglichen.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Abgesehen davon wäre der Sitzungsbedarf durch die neu eingeführten Arbeitssitzungen abgedeckt.

Erläuterung/Stellungnahme der Gemeindeverwaltung

Die Reduzierung der jährlichen Pflichtsitzungen kann unter Punkt 6.1 der Jugendbeiratssatzung entsprechend angepasst werden.

Beschluss: 25 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Antrag des Jugendbeirats vom 11.01.2023 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die Änderungen entsprechend in die Jugendbeiratssatzung einzuarbeiten. Der Entwurf der Änderungssatzung ist dem Gremium zur Entscheidung vorzulegen.

AZ 0280
Hauptamt

411

25

Antrag der SPD-Fraktion - Anschaffung von Regenbogenfahnen für die Beflaggung gemeindlicher Gebäude und Einrichtungen

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion zur „Anschaffung von Regenbogenfahnen für die Beflaggung gemeindlicher Gebäude und Einrichtungen“ vom 17.02.2023, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 20.03.2023, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Antrag:

Anschaffung von Regenbogenfahnen für die Beflaggung von gemeindlichen Gebäuden und Einrichtungen sowie Hissung der Fahne zu entsprechenden Anlässen und Jahrestagen, bspw. am Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (17. Mai), dem Transgender Day of Remembrance (20. November) oder zum Christopher Street Day (28. Juni).

Begründung:

Wir wollen als Gemeinde sichtbar Flagge zeigen für sexuelle Vielfalt, Toleranz, Offenheit und Solidarität mit den Interessen der LGBTQI-Community (LGBTQI* ist die Abkürzung für lesbisch, schwul, bisexuell, trans, queer und intersexuell. Das Sternchen steht für weitere Geschlechtsidentitäten).
Die Regenbogenfahne setzt ein Zeichen gegen Diskriminierung von LGBTQI*-*

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Menschen. Sie steht neben Vielfalt und Respekt ebenso für das Engagement gegen Homophobie und Transphobie.

Öffentliche Einrichtungen in vielen Orten Deutschlands hissen diese Flagge an den entsprechenden Gedenktagen und Anlässen (Allianz-Arena, Münchner Rathaus, etc.).

Als Gemeinschaft wollen wir für die Unterstützung der Interessen von Schwulen, Lesben, Bi-, Trans-, Intersexuellen und Queer-Menschen auf Gleichstellung in unserer Gesellschaft kämpfen. Diese politische Grundhaltung sollte unsere Gemeinde auch symbolisch dadurch zum Ausdruck bringen, indem wir künftig regelmäßig und selbstverständlich die Regenbogenflagge hissen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde dem Gremium im Vorfeld der Sitzung gestellt.

Ergänzend zu oben genannten Antrag teilte die SPD-Fraktion mit E-Mail vom 26.03.2023 die möglichen Beflaggungstermine mit.

Grundsätzlich kann daraufhin gewiesen werden, dass der oben genannte Antrag der SPD-Fraktion über die Verbandskompetenz des Art. 29 ff. GO durch den Ersten Bürgermeister entschieden bzw. umgesetzt werden kann. In Abstimmung mit dem Landratsamt München Kommunalaufsicht ist es vertretbar von einer Zuständigkeit des Gemeinderates in der Sachentscheidung auszugehen, da die Entscheidung der Beflaggung grundsätzliche Bedeutung sowie die jährlichen wiederholenden Termine und Gebäulichkeiten aufwerfen.

Die Regenbogenfahnen (Pride-Fahnen) dürfen nicht an regelmäßigen Beflaggungstagen gesetzt werden.

a) **Beschlussfassung über die Örtlichkeiten der Beflaggung.**

Beschluss: 15:10

Der Gemeinderat spricht sich für die Beschaffung von Regenbogenfahnen für folgende Gebäude:

- Bürgerhaus
 - Rathaus
 - Sportzentrum
 - Grundschule Bahnhofstraße
 - Schulcampus
 - Feuerwehrgerätehaus
- aus.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

b) Beschlussfassung über die Beflaggungstermine.

Beschluss: 19:6

Der Gemeinderat stimmt der Beflaggung mit Regenbogenfahnen an folgenden Terminen

-ganzer Kalendermonat Juni

zu.

AZ 0430
Hauptamt

412 25 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Beitritt zu "Initiative lebenswerte Städte und Gemeinden" und Aufstellung eines Lärmaktionsplans für die Gemeinde**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf „Beitritt zu „Initiative lebenswerte Städte und Gemeinden“ und Aufstellung eines Lärmaktionsplanes für die Gemeinde“ vom 07.02.2023, eingegangen bei der Gemeinde am 08.02.2023, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Antrag:

Die Gemeinde Unterföhring tritt der „Initiative lebenswerte Städte und Gemeinden“ bei und stellt einen Lärmaktionsplan für die Gemeinde auf, mit dem Ziel die streckenbezogene und temporäre Ausweitung von T30 für den gesamten Verlauf der Münchner Straße zu ermöglichen.

Begründung:

Tempo 30 ist eine zentrale Maßnahme für mehr Verkehrssicherheit, Luft-, Lärm- und Klimaschutz in unseren Städten und Gemeinden. Daher halten wir es für dringend erforderlich, die zulässige Höchstgeschwindigkeit in Unterföhring überall dort, wo es möglich ist bzw. noch nicht realisiert ist, ganztagig auf 30 km/h zu reduzieren! Dies gilt bevorzugt für die ganze Münchner Straße, deren Anwohner seit Jahren einer erhöhten gesundheitsschädlichen Lärm- und Schadstoffbelastung ausgesetzt sind. Vor allem über die Erstellung eines Lärmaktionsplans kann Tempo 30 auch großflächig und strategisch umgesetzt werden, da die europäische Umgebungslärm-Richtlinie – anders als das deutsche

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Lärmschutzrecht – planerische Ansätze zum vorbeugenden und versorgenden Umweltschutz enthält. Darüber hinaus ist eine konkrete Lärmaktionsplanung geeignet, den Straßenverkehrsbehörden gegenüber eine strikte Bindungswirkung auszulösen. Damit ergeben sich neue Ermessensspielräume um auf Tempo 30 auf den oben genannten Straßenabschnitten anzuordnen. Zweifelsfalls lässt sich eine großräumige Anordnung von Tempo 30 auch als Modellversuch realisieren.

Ein neues Rechtsgutachten der Kanzlei Geulen und Klinger im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe bestätigt, dass die Kommunen in Deutschland ihren Spielraum bei der Einführung von Tempo 30 bei Weitem nicht ausnutzen. Auch Unterföhring hat demnach deutlich weitergehende Möglichkeiten zur Einführung von Tempo 30. Um dies zu ermöglichen ist der Beitritt zur „Initiative lebenswerte Städte und Gemeinden“ erstrebenswert, wie z.B. bereits von Freising, Puchheim und Pullach umgesetzt.“

Der Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN wurde dem Gremium gestellt.

Beschluss: 16 : 9

Die Gemeinde Unterföhring tritt der „Initiative lebenswerte Städte und Gemeinden“ bei und stellt einen Lärmaktionsplan für die Gemeinde auf, auch mit dem Ziel die streckenbezogene und temporäre Ausweitung von T30 für den gesamten Verlauf der Münchner Straße zu ermöglichen.

AZ 140
Bauamt

413

25

Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2024 bis 2028; Vorschlagsliste der Gemeinde Unterföhring

Für die Wahlperiode 2024 bis 2028 sind dem Amtsgericht München für die Wahl der Schöffen durch die Gemeinde Unterföhring 17 Personen vorzuschlagen.

Um die gebotene Gleichmäßigkeit der Verteilung der Schöffenämter auf den Gerichtsbezirk zu gewährleisten, bittet das Gericht darum, dass die mitgeteilte Mindestzahl nicht wesentlich überschritten wird. Gemäß § 36 Abs. 4 GVG (Gerichtsverfassungsgesetz) können doppelt so viele Personen aufgenommen werden, wie als erforderliche Zahl nach § 43 GVG bestimmt sind.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Schreiben des Präsidenten des Landgerichts München I vom 31.01.2023 wird bekannt gegeben.

Auf die die Bekanntmachung vom 08.02.2023 und die Bekanntgabe im Gemeindeblatt sowie auf der Homepage der Gemeinde haben sich 32 Bürgerinnen und Bürger zur Aufnahme in die Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2023 beworben.

Die grundsätzlichen Voraussetzungen (Wohnsitz in Unterföhring, Deutsche, Alter mind. 25 und max. 69 Jahre bei Beginn der Amtsperiode am 01.01.2024) werden von allen Bewerbern erfüllt.

Die einzelnen Bewerber ergeben sich gemäß der beiliegenden Aufstellung.

Der Gemeinderat kann gemäß den oben genannten Erläuterungen die eingegangenen Bewerberinnen und Bewerber für die Vorschlagsliste beschließen.

Beschluss: 25 : 0

Der Gemeinderat nimmt alle Bewerberinnen und Bewerber in die Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2024 bis 2028 auf und schlägt diese gesammelt dem Amtsgericht München vor.

AZ 101
Hauptamt

414

25

**Neubau des Hortes und der Mittagsbetreuung an der Schulstraße:
Vorlage der Vorschläge für zusätzlich überplanten Außenbereich mit
Kostenschätzung**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 14.07.2022 Nr. 307 in Erinnerung in dem Gesamtkosten i. H. v. 23.130.862,79 € (brutto) inkl. Baunebenkosten, sowie Folgendes zum Thema Außenanlagen beschlossen wurde:

„Das Gremium nimmt den Antrag vom 12.05.2022 der künftigen Nutzer sowie den Konzeptentwurf/Skizze, Stand 03.05.2022 und den Sachvortrag von Frau Lehner, Schulberatung, vom 11.07.2022 zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorschläge (ausgenommen ist der geschützte Bereich der

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Überdachung der Wegverbindung) für den zusätzlich zu überplanendem Außenbereich zu ermitteln und den Gemeinderats Entscheidung vorzulegen.“

Durch das genannte Landschaftsarchitekturbüro studio B, München, wurde der gesamte Umgriff der geplante Hort- Mittagsbetreuung entwickelt und der erweiterte Außenbereich entsprechend der Nutzungen und Anforderungen überplant. Dem Gremium wurde anhand einer vom studio B vorbereiteten Präsentation „Neubau Hort und Mittagsbetreuung, Unterföhring; Außenanlagenplanung“ (Stand 3.4.2023), die ausgearbeiteten Planungsentwürfe durch Frau Berger mit folgenden Inhalten erläutert. Die genannte Präsentation wurde dem Gremium zugestellt.

Erweiterung Planungsumgriff, Anschluss und Entwicklung Grundschulaußenbereich - Schule als Lern und Lebensort

Um dem pädagogischen Leitbild der Grundschule Unterföhring gerecht zu werden und auf die klimatischen Entwicklungen vorbereitet zu sein, stellt das Landschaftsarchitekturbüro studio B. mögliche Maßnahmen vor. Durch die Anreicherung von Grünflächen und Gehölz und die damit einhergehen Entsiegelung des Schulhofes, können größere Flächen beschattet werden. Die Übergänge der einzelnen Bereiche können durch unterschiedliche Oberflächen abgetrennt, sodass für die Schüler:innen ein vielfältiger, aber strukturierter Schul- und Pausenhof entsteht. Der direkte Planungsumgriff des neuen Hort- und Mittagsbetreuungsgebäudes soll um den als Bereich Nord (Gabionenwand) und Süd (Klettergerüst Bestand bis hin zur Schulstraße) gekennzeichneten Bereich ergänzt werden. studio B hat hierfür jeweils, unter Berücksichtigung des Antrages der vom 11.05.2022 Nutzungs- und Gestaltungskonzepte entwickelt, welche ebenfalls vorgestellt wurden. Die Wegeverbindung von der Grundschule zum Hort und Mittagsbetreuung wurde für die Kinder übersichtlich, jedoch für die Öffentlichkeit durch verdichtete Pflanzung an der Schulstraße abgeschirmt.

Die in der zugestellten Präsentation enthaltene Kostenschätzung für die Erweiterung des Umgriffs, beläuft sich die Kostenschätzung nach DIN 276 zum Vorentwurf laut dem Architektenbüro auf 378.209,37 € brutto

Kletterspielelement im Innenhof

Für den Innenhof von Hort und Mittagsbetreuung wurde in Zusammenarbeit mit studio B und Projekt Spielart GmbH, Rosenheim, ein Klettergerüst „Wasserfall-Kaskaden“ entwickelt. Dieses Spielobjekt soll eine spielerische Trennung zwischen den beiden Nutzungen Hort-Mittagsbetreuung schaffen, Spielflächen vom EG ins OG verknüpfen und sich an das Material sowie die Formsprache des Gebäudes anpassen.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Kosten für das Spielelement belaufen sich auf 127.942,85 € (brutto) zzgl. entsprechende Baunebenkosten für das Spielgerät.

OG1 - Plateau

Dass ich im nördlichen Bereich des Gebäudes, oberhalb der Tiefgaragenzufahrt befindende Plateau, wird unter anderem mit Hochbeeten und einem Loungenetz ausgestattet.

Zur Bewässerung der Hochbeete wird der Empfehlung des Gesundheitsamtes gefolgt, hier Wasser mit Trinkwasserqualität zu nutzen. Jedoch darf an die Trinkwasserhähne kein Schlauch angeschlossen werden, was die Armatur zur händischen Bewässerung des Pflanztrugs sowie der Reinigung des Plateaus unbrauchbar macht. Es werden daher zwei weitere Außenarmaturen befürwortet, bei denen Betriebswasserqualitätsstandard ausreichend ist. Es ergeben sich hierdurch Mehrkosten i. H. v 6.759,20 € brutto.

Herr Rissland vom Objektplanungsbüro raum.land Nürnberg, erläutert anhand der dem Gremium zugestellten „Präsentation zur Gegenüberstellung von 1. Gefällelosen Anstaudächern/Retentionsdächern – Gründächer mit Gefälledämmung 2. mit (Leckage)Überwachung – ohne Überwachung (Stand 31.3.2023), verschiedene Varianten.

Anhand der Präsentation werden die Vor- bzw. Nachteile eines herkömmlichen Gründaches sowie eine Retentionsdaches ausgeführt.

Für die Ausführung eines Gründaches spricht, dass die Attikahöhe, wie im Bauantrag eingereicht, beibehalten werden kann und eine Abdichtung nach Anwendungskategorie K1 (Standardausführung) grundsätzlich ausreichend wäre. Nachdem es sich um einen Holzbau handelt, wird von der Abdichtung nach K1 jedoch durch den Architekten dringend abgeraten. Als Nachteil für ein herkömmliches Gründach führt Herr Rissland beispielsweise die vielen notwendigen Dachabläufe und Anschlüsse zu Grundleitung, sowie die schlechte Wasserhaltung des Gründers aus.

Das Retentionsdach sorgt, für ein besseres Mikroklima nach Verdunstung des Niederschlags, einen besseren Wärmeschutz im Sommer und benötigt im Vergleich zum Gründach nur wenig Abläufe. Bei einer Dachausführung mit dem Retentionsdach die Attika um 12 cm zu erhöhen, was eine mögliche Anpassung der bereits eingereichten Bauantragsunterlagen zur Folge hätte. Die Abdichtung wäre mit K2 (erhöhter Anforderung) nötig, Leckageortung zwingend.

Seitens des Architekturbüros wird das Retentionsdach empfohlen, die Vorteile hinsichtlich der Nachhaltigkeit und Ausführung überwiegen und einen Leckageüberwachung aufgrund der Holz-Beton-Konstruktion ohnehin empfehlenswert ist.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beide Dachkonstruktionen verhalten sich kostenneutral, unter Berücksichtigung desselben Abdichtungsstandard Leckageüberwachung kalkuliert wird.

Für die Leckageüberwachung gibt es mehrere Varianten, welche von Herrn Rissland definiert und eingeordnet werden. Es wird zwischen „ohne Überwachung“ bis hin zur „optimalen“ Überwachung mittels leitfähigen Vlieses.

Seitens der Architekten wird die Ausführung 2 (Leckageüberwachung Optimal), da hiermit die bestmögliche Ortbarkeit eines Lecks ermöglicht wird und Schnittstellen mit anderen Gewerken im Bauablauf geringgehalten werden. Für diese Variante ergeben sich Mehrkosten i.H.v. 35.100,00 €.

Der Erste Bürgermeister informiert das Gremium das im Zeitraum dieser Baumaßnahme, das Baustellenbüro für die Bauüberwachung in der Gartenstraße 6 eingerichtet wird

Beschluss: 25 : 0

Das Gremium nimmt die Präsentation von studio B „Neubau Hort und Mittagsbetreuung, Unterföhring; Außenanlagenplanung“ Stand 3.4.2023“ sowie die dazu angebrachten Erläuterungen zum Thema Außenbereich durch Frau Berger, studio B, zur Kenntnis und stimmt der Erweiterung des Umgriffs mit einer Kostenschätzung nach DIN 276, in Höhe von 378.209,37 € brutto mit zu.

Dem vorgestellten Kletterspielelement im Innenhof mit Kosten in Höhe von 127.942,85 € (brutto) zzgl. entsprechender Baunebenkosten, sowie der Erweiterung der Außenwasseranschlüsse im OG1 – Plateau, um zwei Armaturen mit Betriebswasserqualitätstand dazu Mehrkosten i.H.v 6.749,20 €, brutto wird zugestimmt.

Sowohl bei der Außenanlagenplanung als auch bei dem Kletterspielelement ist der integrative Aspekt zu berücksichtigen.

Ferner nimmt das Gremium die „Präsentation zur Gegenüberstellung von 1. Gefällelosen Anstaudächern/Retentionsdächern – Gründächer mit Gefälledämmung 2. mit (Leckage)Überwachung – ohne Überwachung, Stand 31.3.2023“ und die Erläuterungen durch das Architekturbüro raum.land, vertreten durch Herrn Rissland, zum Thema Dachkonstruktion und Leckageüberwachung zur Kenntnis. Das Gremium folgt der Empfehlung des

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Architekturbüros, in dem der Ausführung des Daches als Retentionsdach mit Variante „optimaler Leckageüberwachung“ sowie den damit verbundenen Mehrkosten i.H.v. 35.100,00 € (brutto) inkl. Montage, zugestimmt wird.

Die entstehenden Mehrkosten i.H.v. 548.001,42 brutto €, werden hiermit genehmigt und sind im UA 21110 und 46430 entsprechend zu verbuchen.

AZ 423
Bauamt

415 25 **Neubau Rathaus Unterföhring - Vorlage zum Thema Nachhaltigkeit für die Planungs- und Realisierungsphase**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 09.02.2023, Nr. 385, in Erinnerung in dem beschlossen wurde, die Grundlagen (Basis) aus dem Wettbewerb zum Thema Nachhaltigkeit weiter zu entwickeln, Zielwerte (Benchmark) zu erarbeiten/vorzubereiten, Grundlagen und Zielsetzungen von „Nachhaltigkeitszertifikaten“ aufzuzeigen sowie mögliche Nachhaltigkeitsförderungen (Bund/Land etc.) zu ermitteln und diese dann dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Durch das Büro Essigplan GmbH, Bamberg, vertreten durch Frau Prof. Dr. Eßig in Zusammenarbeit mit Frau Dr. Linder vom Büro FINAL Architektur, München, wurden die im Beschluss am 09.02.2023 die angeforderten Punkte erarbeitet und mittels der dem Gremium zugestellten Präsentation „Gemeinderatsvorunterrichtung Unterföhring, 17.04.23“, vorgestellt.

Frau Dr. Linder erläutert die Entwicklung des energieeffizienten und nachhaltigen Bauens und gibt einen Überblick über die Nachhaltigkeitsbewertungsmethoden BNB (Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen) bzw. DGNB (Verein Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen) und die unterschiedlichen Qualitätsstufen.

Die Empfehlung der übergeordneten Nachhaltigkeitsplanung durch Frau Prof. Dr. Eßig und Frau Dr. Lindner ist die Festlegung des DGNB Platin-Standards sowie die Erreichung des Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG).

Für die Thematik Nachhaltigkeit in Verbindung mit dem Neubau Rathaus, belaufen sich Kosten nach der aktuellen Kostenschätzung auf ca. 254.779,- € brutto. Diese setzen sich aus ca. 238.000,- € brutto Auditorenkosten für DGNB

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

(QNG) Zertifizierung und den Zertifizierungsgebühren bei der DGNB von ca. 16.779,- € brutto zusammen. Die Zertifizierungsgebühr basiert auf der Bruttogrundfläche. Die Honorarkosten der Fachplaner im Bereich der Nachhaltigkeit können derzeit noch nicht beziffert werden.

Durch die vortragende Architektin und Nachhaltigkeitsauditorin wird auf die im Wettbewerb gesetzten Ziele verwiesen. Um dem Wunsch des Gremiums gerecht zu werden, mit dem Bauvorhaben „Neubau Rathaus“ ein Leuchtturmprojekt zu schaffen, sind besonders innovativen Lösungen über die aktuell höchste Zertifizierungsform des DGNB Platin-Standards, hinaus zu finden.

Diese könnten beispielweise sein:

- Plusenergiegebäude (über den gesamten Lebenszyklus)
- Vollständig recycelbares Gebäude
- Steigerung des Artenreichtums durch das Gebäude.

Bei den genannten Punkten handelt es sich beim aktuellen Planungsstand um Beispiele, die zum Leuchtturmprojekt beitragen könnten.

Zum Thema Förderfähigkeit erläutert Frau Dr. Linder die KfW-Förderung „Klimafreundlicher Neubau Nichtwohngebäude, 499“ sowie die Bayerische Förderlinie Holz – BayFHolz.

KfW-Förderung „Klimafreundlicher Neubau Nichtwohngebäude, 499“

Die Förderung gibt zur Erreichung der Förderstufe, das Effizienzhaus 40, die Einhaltung der Anforderungen des QNG-Plus (Qualitätssiegels Nachhaltiges Gebäude Plus) oder QNG-Premium sowie die Beheizung ohne Öl, Gas oder Biomasse vor.

Die Zuschusshöhe beträgt 12,5 %. Die Höchstgrenze der förderfähigen Kosten orientiert sich an der Nettogrundfläche (Summe aller nutzbaren Flächen eines Gebäudes) des Gebäudes. Hierbei gilt eine max. Förderung von 3.000,- € pro m² Nettogrundfläche, und einer Deckelung von max. 15 Mio. € je Bauvorhaben.

Bayerische Förderrichtlinie Holz – BayFHolz

Die Förderrichtlinie unterstützt den Einsatz nachwachsender, Kohlenstoff speichernder Rohstoffe im Bausektor. Zusatzvoraussetzungen sind die Verwendung von Holz in den tragenden Konstruktionselementen des Gebäudes sowie die mindeste Erreichung der Kriterien für das „Effizienzhausstandard 55“.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aus dieser Richtlinie könnte sich ein Zuschuss von 500,- € je Tonne der in den Holzbau-elementen und Dämmstoffen gebundenen Kohlenstoffmenge ergeben. Gedeckelt ist der Zuschusssatz bei max. 200.000,- €.

Derzeit gibt es keine weiteren Fördertöpfe bzgl. der Nachhaltigkeit. Es wird darauf hingewiesen, dass die angeführten Fördersätze nach aktuellem Stand März 2023 gelten. Mögliche Änderungen bis zur Einreichung der Anträge können nicht ausgeschlossen werden.

Beschluss: 22 : 3

Das Gremium nimmt die Präsentation „Gemeinderatsvorunterrichtung Unterföhring, 17.04.23“, die Präsentation „ Gemeinderatssitzung 20.4.23“, sowie die dazu angebrachten Erläuterung zum Thema Nachhaltigkeit durch Frau Dr. Linder am 17.4.2023 und 20.4.2023 zur Kenntnis und folgt der Empfehlung, die Vorgaben des DGNB Kriterienkatalogs zum Gebäude Neubau in der zum Projektanmeldung gültigen Version, zu Grunde zulegen. Es ist die DGNB-Zertifizierung im Platin-Standard sowie das Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG) als Zielvorgabe zu erreichen bzw. anzustreben.

Die für den Themenbereich Nachhaltigkeit anfallenden Kosten, i.H.v. ca. 254.779,- €, aufgeteilt in Auditorenkosten für DGNB (QNG) Zertifizierung i.H.v. ca. 238.000,- € brutto und Zertifizierungsgebühren bei der DGNB von ca. 16.779,- € brutto, werden genehmigt und sind unter der Haushaltsstelle 06100.9490 zu verbuchen.

Weiter wird bei den Wettbewerbskriterien zur Nachhaltigkeit befürwortet, besonders innovative Lösungen anzustreben, die den Leuchtturmcharakter des Projektes unterstützen und über die Ziele überdurchschnittlich hohe Bewerbungsergebnisse bei den DGNB-Kriterien bzw. Bewertungsergebnissen, die über die DGNB-Systematik hinausgehen.

Es sind die möglichen Fördermittel aus dem KfW-Programm 499 für klimafreundliche Nichtwohngebäude mit QGN sowie aus der Bayerischen Förderrichtlinie Holz zu beantragen.

AZ 621
Bauamt

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

416 25 **Tiefgarage an der Jahnstraße; Mietpreisfestsetzung für Wohnmobile/Wohnwägen/Wohnwagenanhänger mit Überlänge**

Das Gemeinderatsmitglied Frau Spratter hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Der Erste Bürgermeister bringt die Anfrage aus der Mitte des Gremiums aus der Gemeinderatssitzung vom 12.01.2023 zur Kenntnis.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde angefragt, ob die Preise für Parkplätze von größeren Wohnmobilen/Wohnwägen/Wohnwagenanhänger auf dem Parkdeck nicht den normalen Gebühren **pro Stellplatz** angeglichen werden können. Größere Wohnmobilen/Wohnwägen/Wohnwagenanhänger zahlen das Doppelte, da ihre Fahrzeuge 1 ½ Plätze belegen.

Gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 12.11.2020, Nr. 95, wurde beschlossen, dass die monatliche Parkgebühr für Wohnmobile/Wohnwägen/Wohnwagenanhänger 50 € brutto (inkl. USt) **pro Stellplatz** beträgt.

Die einzelnen Stellplätze auf dem Parkdeck besitzen eine Länge von 5 Metern und eine Breite von 2,10 Meter.

Wohnmobile/Wohnwägen/Wohnwagenanhänger, die größer sind als 5m x 2,10m wird die Stellplatzmiete je belegten Stellplatz erhoben. Dies entspricht der Einstellordnung.

Weitere Pkw's können diesen betroffenen Stellplatz aufgrund Trailer-Kupplung (Anhängervorrichtung - den halben bis ganzen Stellplatz inkl. Rangierfläche) nicht mehr nutzen.

Wohnmobile/Wohnwägen/Wohnwagenanhänger, die eine Gesamtlänge von 5 Meter übersteigen, haben somit eine Stellplatzmiete in Höhe von 100 €/mtl. (Nutzung von zwei Stellplätzen gemäß gültiger Einstellordnung) somit zu bezahlen.

Aktuell befinden sich zwei Mieter mit einem größeren Wohnmobilen/Wohnwägen/Wohnwagenanhänger und einer Stellplatzmiete in Höhe von 100 €/mtl. brutto auf dem Parkdeck an der Jahnstraße.

Die Verwaltung weist daraufhin, dass bei Zustimmung des Gremiums, die Einstellordnung, Stand 2019, geändert werden muss.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Im Hinblick auf die gewerbliche Nutzung dieser Tiefgarage – Betrieb gewerblicher Art – ist folgende steuerliche Beurteilung von der Intaria AG vom 12.04.2023 eingegangen:

„Steuerlich ist es u.a. dann ein Thema, wenn aus hoheitlichen Gründen keine wirtschaftliche Verwertung stattfindet oder ein Stellplatz einem GR-Mitglied oder Beamten/Angestellten der Gemeinde unentgeltlich/vergünstigt zur Verfügung gestellt wird. Bei solchen Sachverhalten würde es zur (nachträglichen) Kürzung der Vorsteuerquote aus den Baukosten und ggfs. auch zu einer verdeckten Gewinnausschüttung aus ertragsteuerlicher Sicht kommen. Aufgrund der Höhe der gezogenen Vorsteuer ist davon unbedingt abzuraten!“

Wenn aber ein Mietverhältnis mit einem fremden Dritten vorliegt, d.h. die Gemeinde sich in der wirtschaftlichen Verwertung befindet, bestehen Gestaltungsmöglichkeiten, d.h. wenn es Sinn macht, lieber 2 Plätze günstiger fest zu vermieten als diese leerstehend zu lassen, sollte das verargumentierbar sein, insbesondere wenn man Plätze wählt, die ohnehin kaum angefahren werden, da abgelegen und somit wenig attraktiv.“

Beschluss: 22 : 2

Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt und die steuerliche Erläuterung der Intaria AG vom 12.4.2023 zur Kenntnis und stimmt einer Anpassung der monatlichen Stellplatzmiete für größere Wohnmobile/Wohnwägen/Wohnwagenanhänger auf der Tiefgarage an der Jahnstraße 9 mit folgenden Eckpunkten:

- Für die o. g. Fahrzeuge werden zwei Stellplätze zur Verfügung gestellt.
- Für diese Fahrzeuge werden mtl. 50,- €/brutto (inkl. gültiger USt.) erhoben.
- Die Einstellordnung und Gebührenordnung sind anzupassen
- Diese Regelung gilt ab dem 01.05.2023 bis auf Weiteres

zu.

AZ 9123
Bauamt

417

25

Errichtung eines Pumptracks, Vorstellung der finalen Planung und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung eines Pumptracks vom 15.05.2022 sowie an den

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeinderatsbeschluss vom 23.06.2022, Nr. 300, und vom 15.09.2022, Nr. 317. Der Gemeinderat hat sich dafür ausgesprochen eine dauerhafte Pumptrack-Anlage am Standort Tunnelweg-Jahnstraße zu realisieren. In der Gemeinderatssitzung vom 09.03.2023, Nr. 352, wurden dem Gremium drei verschiedene Planungsvarianten vom beauftragten Planungsbüro Fa. pumtrack.de vorgestellt. Die Verwaltung wurde damit beauftragt einen Kompromissvorschlag aus den Planungsvarianten 1 und 3 erarbeiten zu lassen. Das FEZI, die Farm sowie der Jugendbeirat sollen auch weiterhin im Planungsprozess miteinbezogen werden. Das Ergebnis ist dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass der erste Entwurf der Variante 4 dem FEZI und Jugendbeirat am 27.3.2022 erläutert wurde. Bei dieser Veranstaltung waren auch Kinder, Jugendliche und ein Gemeinderatsmitglied zugegen. Dabei haben die Bauverwaltung sowie Herr Willar erklärt, dass es keine Beleuchtung der Anlage geben wird. Die Tageslichtzeiten sind für das Befahren und die Nutzung der Anlage ausreichend. Zudem wurde auch besprochen, dass die Anlage nicht zusätzlich eingezäunt werden soll. An den drei asphaltierten Zu- und Abgängen werden Umlaufsperrn installiert. Die restliche Anlage soll über einen kleinen Hügel (Modellierung mit vorhandenem Material) vom gemeinsamen Geh- und Radweg an der Jahnstraße sowie im Bereich des Tunnelweges getrennt werden. Darüber hinaus ist keine Überdachung (Aufenthaltsbereiche bzw. Sitzgelegenheiten) geplant. Damit soll eine potenzielle Fremdnutzung der Anlage durch eine zu hohe Aufenthaltsqualität vermieden werden.

Herr Konrad Willar von der Fa. pumtrack.de erläutert dem Gremium, den angepassten Planungsentwurf (Variante 4 Stand 13.4.2023) und steht für Fragen zur Verfügung.

Arbeitstitel	Projektfläche	Asphaltfläche Kidstrack	Asphaltfläche Pumptrack	Gesamtbetrag brutto
Variante 1	2.700 m ²	263 m ²	912 m ²	348.269,57 €
Variante 3	2.000 m ²	150 m ²	540 m ²	214.423,72 €
Variante 4	2.700 m ²	252 m ²	841 m ²	394.055,29 €

Der Planungsentwurf Variante 4 inklusive der Kostenschätzung (Stand 13.04.2023) wurden dem Gremium zugestellt. Der aufgeführte Gesamtbetrag brutto beinhaltet keine weiteren Ausstattungen (Sitzgelegenheiten und Vegetation, etc.). Seitens der Verwaltung wird die vorliegende Variante 4 als ausreichend erachtet.

Beschluss: 25 : 0

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat nimmt den Planungsentwurf Variante 4 (Stand 13.04.2023) inkl. Kostenschätzung sowie die Erläuterungen von Herrn Willar zur Kenntnis und stimmt der vorgelegten Variante 4 zu, mit folgenden Hinweisen und Änderungen

...

...

...

zu.

Die Kosten in Höhe von 394.055,29 € brutto werden hiermit genehmigt und sind unter der HHSt. 58000.9540 zu verbuchen.

AZ 631
Bauamt

418 25 **1. Änderung des Flächennutzungsplans Unterföhring - Teil A Windkraft: Billigungs- und Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB**

Der Vorsitzende erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 08.12.2022, Nr. 363, nachdem für folgende Bereiche der rechtskräftige Flächennutzungsplan gemäß § 2 BauGB zu aktualisieren ist:

Teil-bereich	Bezeichnung / Fl.Nrn.	Fläche Bestand	Fläche Vorschlag
1	Neues Mitterfeld Fl.Nrn. 179, 179/6, 179/7 und 179/8	MI	WA und MI
2	HKW Nord Fl.Nrn. 1188, 1188/1, 1188/2, 1188/3, 1188/5, 1188/6, 1189/96 und 1189/121 TF	SO HKW Nord mit Müllverbrennungs- und Umspannanlage	SO 1 und SO 2 Energiebereitstellung mit besonderer Förderung erneuerbarer Energien
3	Neubau Bauhof Fl.Nr. 881 TF und 877/2 TF	Gemeinbedarf Wertstoffhof und Feuerwehrübungsplatz	Gemeinbedarf Wertstoffhof, Feuerwehrübungsplan und Bauhof
4	Stützheizwerk	Grün	Fläche für

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

	GEOVOL Fl.Nrn. 1189 TF		Versorgungsanlagen
5	Windkraft Die konkreten Fl.Nrn. werden im Laufe des Verfahrens noch ermittelt	Fläche für Landwirtschaft	Fläche für Windkraftanlagen

Im Wege der Berichtigung gemäß §13a Abs. 2 Nr.2 BauGB ist folgender Bereich zu berichtigen:

6	Neubau Feuerwehr Fl.Nrn. 166/3/T, 166/48, 166/49, 166/50, 181/225, 181/226, 181/227, 181/229, 181/230, 181/233/T, 181/234, 181/235/T, 181/239, 181/240, 181/ 241, 181/246/T, 181/254	WA	Gemeinbedarf Feuerwehr
---	---	----	---------------------------

Mit der Aktualisierung des Flächennutzungsplanes ist der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, München, sowie die entsprechenden Fachplaner (z.B. Naturschutz) zu beauftragen.

Der Vorsitzende erläutert, dass das Thema Windkraft nun behandelt werden kann. Die weiteren Punkte werden dem Gremium zeitnah vorgelegt, hier findet noch eine Abstimmung mit dem Landratsamt München statt.

Bezüglich dem Thema Windkraft wurde inzwischen das Büro Team 4 Bauernschmitt und Wehner Landschaftsarchitekten und Stadtplaner PartGmbB, Nürnberg, beauftragt.

Der Entwurf der Planzeichnung und Begründung von Team 4, Nürnberg, in der Fassung vom 20.04.2023, wird dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Mit dieser Planung wird eine Konzentrationszone mit einer Größe von 70,7 ha östlich des Feringasees zur Windenergienutzung dargestellt und gleichzeitig andere Standorte im Gemeindegebiet ausgeschlossen. Als Teil des Wind-an-Land-Gesetzes sieht das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG)

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Flächenbeitragswerte vor, die bis Ende des Jahres 2027 1,1 % und bis Ende des Jahres 2032 1,8 % der Landesfläche Bayerns umfassen sollen. Die Konzentrationszone mit einer Fläche von 70,7 ha beträgt einen Flächenanteil von 5,5 % des Gemeindegebietes. Er liegt somit höher als der für Bayern und die Region geforderte Flächenbeitragswert von 1,8 %. Es gilt die Rotor-außerhalb-Regelung, d.h. die vom Rotor überstrichene Fläche darf außerhalb der Konzentrationszone liegen. Würde eine Rotor-innerhalb-Regelung getroffen, wäre die Fläche gem. Anlage 2 zu § 4 Absatz 3 Satz 5 WindBG nur zu 50% anrechenbar. D.h. der Flächenbeitragswert würde ca. 35 ha betragen aber immer noch den Flächenbeitragswert von 1,8% (23 ha) überschreiten.

Die Standortgüte ist im Energieatlas der Bayerischen Staatsregierung hinterlegt.

Die Konzentrationszone hält Abstände von mind. 1.000 m zu Siedlungsgebieten mit Wohnfunktion und mind. 700 m zu Außenbereichsbebauung mit Wohnnutzungen ein. Zum Vogelschutzgebiet „Ismaninger Speichersee und Fischteiche“ betragen die Abstände mind. 900 m.

Aufgrund der Größe der Konzentrationszone ist je nach Größe der künftigen Anlagen davon auszugehen, dass in diesem Gebiet zwei bis vier Windkraftanlagen errichtet werden können.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Johann Zehetmair brachte in der Sitzung folgende Änderungen vor:

Das Wort „intensiv“ soll bei folgenden Textstellen ersatzlos gestrichen werden: S. 6 Ziff. 7.2 Abs. 3, S. 9 Ziff. 8 Abs. 1, S. 12 Ziff. 1.3 Abs. 1, S. 17 Ziff. 4.2 Abs. 2

Auf der S. 9, Ziff. 7.3 Abs. 4 soll es heißen: Forst- und landwirtschaftliche Nutzung sind weiterhin möglich.

Auf der S. 21, Ziff. 5, letzter Satz soll das Wort „unterlagerte“ ersatzlos gestrichen werden.

Beschluss: 24 : 1

Die 1. Änderung des Flächennutzungsplans Unterföhring – Teil A Windkraft, in der Fassung vom 20.04.2023, wird dem Grunde nach gebilligt.

Folgende Änderungen sind vorzunehmen:

Das Wort „intensiv“ soll bei folgenden Textstellen ersatzlos gestrichen werden:

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

S. 6 Ziff. 7.2 Abs. 3, S. 9 Ziff. 8 Abs. 1, S. 12 Ziff. 1.3 Abs. 1, S. 17 Ziff. 4.2 Abs. 2

Auf der S. 9, Ziff. 7.3 Abs. 4 soll es heißen: Forst- und landwirtschaftliche Nutzung sind weiterhin möglich.

Auf der S. 21, Ziff. 5, letzter Satz soll das Wort „unterlagerte“ ersatzlos gestrichen werden.

Weiter wird die Verwaltung ermächtigt, weitere ausschließlich redaktionelle Änderungen (z.B. Ergänzung von Maßketten etc.) in den Flächennutzungsplanunterlagen vorzunehmen.

Das Auslegungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB ist durchzuführen.

AZ 6100
Bauamt

419

25

Aktualisierung der Richtlinien des Energiesparförderprogramms (Empfehlung aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss)

Der Erste Bürgermeister weist darauf hin, dass der Umwelt-, Digital- und Energieausschuss in der Sitzung vom 02.03.2023, Beschluss-Nr. 41, beschlossen hat, dem Gemeinderat eine Beschlussempfehlung dahingehend auszusprechen, das Energiesparförderprogramm der Gemeinde Unterföhring wie folgt anzupassen:

	Bisher	Neu
1.2.	<p>...</p> <p>Die Zuschüsse gelten nur für das gesamte Wohngebäude und nicht für einzelne Wohnungen (v.a. Punkt 2.2.2 Altbau-Fenstersanierung)!</p> <p>...</p>	<p>...</p> <p>Die Zuschüsse gelten nur für das gesamte Wohngebäude und nicht für einzelne Wohnungen (v.a. Punkt 2.2.2 Altbau-Fenstersanierung), ausgenommen Punkt 2.2.2., steckerfertige PV-Anlagen – die Zuschüsse für eine steckerfertige PV-Anlage gelten pro Wohnung.</p> <p>...</p>

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1.3.	<p>...</p> <p>Die Einholung einer Baugenehmigung, denkmalschutzrechtlichen Genehmigung, wasserrechtlichen Erlaubnis ist in Einzelfällen nötig.</p> <p>...</p>	<p>...</p> <p>Die Einholung einer Baugenehmigung, isolierten Befreiung von Festsetzungen im Bebauungsplan, denkmalschutzrechtlichen Genehmigung, wasserrechtlichen Erlaubnis ist in Einzelfällen nötig.</p> <p>...</p>
2.1.	<p>...</p> <p>Hinweis: Doppelförderungen sind innerhalb des Energiesparförderprogrammes der Gemeinde Unterföhring nicht möglich.</p> <p>Anmerkung: Bei Heizungserneuerungen ist eine Förderung ausgeschlossen, wenn eine Versorgung mit Fern- oder zentraler Nahwärme (Geothermie) möglich ist.</p> <p>...</p>	<p>...</p> <p>Hinweis: Doppelförderungen sind innerhalb des Energiesparförderprogrammes der Gemeinde Unterföhring nicht möglich.</p> <p>Anmerkung: Bei Heizungserneuerungen ist eine Förderung ausgeschlossen, wenn eine Versorgung mit Fern- oder zentraler Nahwärme (Geothermie) möglich ist. (Unklare Formulierung)</p> <p>Heizungserneuerungen werden nur in Kombination mit dem Anschluss ans Fernwärmenetz gefördert – sofern eine Versorgung mit Fern- oder zentraler Nahwärme (Geothermie) möglich ist</p> <p>...</p> <p><u>Einzureichende Unterlagen bei Antragstellung</u></p> <p>-Kopie der Antragsbestätigung des BAFA</p> <p>-Kopie des Zuwendungsbescheid des BAFA (Zusage der Förderung)</p> <p><u>Einzureichende Unterlagen zur Auszahlung</u></p> <p>-Kopie des Bescheids des BAFA (Auszahlungsbestätigung)</p> <p>-Kopie des Kontoauszugs mit genauen Angaben über Art und Höhe der BAFA-Auszahlung</p>
2.2.	2.2. Erneuerbare Energien	<p>2.2. Erneuerbare Energien</p> <p>(redaktionelle Anmerkung: Überschrift streichen und den Punkt</p>

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

		„Passivhaus“ als Punkt 2.2. aufführen, PV als Punkt 2.3.)
2.2.	<p>2.2.1 Passivhaus</p> <p>...</p> <p><u>Umbau/Sanierung auf Passivhausniveau:</u></p> <p>Gemeindeförderung: 100 € je m² Wohnfläche, max. 15.000 € je Gebäude</p> <p>...</p>	<p>2.2.1. 2.2 Passivhaus</p> <p>...</p> <p><u>Umbau/Sanierung auf Passivhausniveau:</u></p> <p>Gemeindeförderung: 100 € je m² Wohnfläche, max. 15.000 € 10.000 € je Gebäude</p> <p>...</p>
2.3.	<p>2.2.2. Neubau einer PV-Anlage mit Stromspeicher / Nachrüstung eines Stromspeichers / Neubau einer steckerfertigen PV-Anlage</p> <p>...</p> <p><u>Neubau einer Photovoltaikanlage mit einem Stromspeicher:</u></p> <p>200 € je kWp installierter Spitzenleistung, max. 10 kWp</p> <p>...</p> <p>Wird bezuschusst wenn:</p> <p>...</p> <p>-sofern von der Gemeinde für den Bau einer PV-Anlage bisher noch keine Fördermittel in Anspruch genommen wurden, wird auch eine Erweiterung einer vorhandenen PV-Anlage gefördert.</p> <p>...</p> <p><u>Nachrüstung einer Photovoltaikanlage mit einem Stromspeicher:</u></p> <p>200 € je kWh installierter Spitzenleistung, max. 1000 €</p> <p>...</p> <p><u>Neubau einer steckerfertigen</u></p>	<p>2.2.2. Neubau einer PV-Anlage mit Stromspeicher / Nachrüstung eines Stromspeichers / Neubau einer steckerfertigen PV-Anlage 2.3. Photovoltaikanlagen, Stromspeicher und steckerfertige PV-Anlagen</p> <p>...</p> <p><u>Neubau einer Photovoltaikanlage mit einem Stromspeicher:</u></p> <p>200 € je kWp installierter Spitzenleistung, max. 10 kWp 300 € je kWp für die ersten 10 kWp, 150 € für jedes kWp über 10 kWp bis 30 kWp</p> <p>...</p> <p>Wird bezuschusst wenn:</p> <p>...</p> <p>-sofern von der Gemeinde für den Bau einer PV-Anlage bisher noch keine Fördermittel in Anspruch genommen wurden, wird auch eine Erweiterung einer vorhandenen PV-Anlage gefördert. Wird eine bereits durch das Förderprogramm geförderte Anlage erweitert, werden die bereits geförderten Module bei der Berechnung der Fördersätze mit einbezogen</p> <p>...</p> <p><u>Nachrüstung einer Photovoltaikanlage mit einem Stromspeicher:</u></p> <p>200 € je kWh installierter Spitzenleistung Speicherkapazität, max. 1000 €</p> <p>...</p> <p><u>Neubau einer steckerfertigen</u></p>

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

	<p><u>Photovoltaik-Anlage (Plug-In PV-Anlagen, Balkon-PV-Anlagen):</u> Wird bezuschusst wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> -die steckerfertigen PV-Anlagen den Richtlinien der VDE (Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.) entsprechen. -das Gerät zwingend notwendig durch eine Elektrofachkraft installiert wird <p><u>Einzureichende Unterlagen zur Auszahlung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -Kopie der Originalrechnung -Kopie des Überweisungsbeeges: Kontoauszug oder Überweisungsbeleg bzw. Quittung mit genauen Angaben über Art und Höhe der Zahlung -Nachweis der Anmeldung beim Netzbetreiber (Bayernwerk) -Nachweis der Anmeldung im Marktstammdatenregister ... 	<p><u>Photovoltaik-Anlage (Plug-In PV-Anlagen, Balkon-PV-Anlagen):</u> Wird bezuschusst wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> -die steckerfertigen PV-Anlagen den Richtlinien der VDE (Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.) entsprechen. Die steckerfertigen PV-Anlagen den Sicherheitsstandard der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) erfüllen. -das Gerät zwingend notwendig durch eine Elektrofachkraft installiert wird ... -Der Zuschuss gilt je Wohnung ... <p><u>Einzureichende Unterlagen zur Auszahlung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -Kopie der Originalrechnung -Kopie des Überweisungsbeeges: Kontoauszug oder Überweisungsbeleg bzw. Quittung mit genauen Angaben über Art und Höhe der Zahlung -Nachweis der Anmeldung beim Netzbetreiber (Bayernwerk) -Nachweis der Anmeldung im Marktstammdatenregister - Für Neubau von steckerfertigen PV-Anlagen: Foto des installierten Balkonkraftwerks
3.2.	<p><u>Umfang der Förderung</u> Die Zuschüsse beschränken sich auf höchstens 10.000 € je Gebäude innerhalb von 5 Jahren (dies gilt auch für Anträge verschiedener Maßnahmen). Überschreitungen des Höchst-Fördersatzes werden dem Gemeinderat vorgelegt und entschieden.</p>	<p><u>Umfang der Förderung</u> Die Zuschüsse beschränken sich auf höchstens 10.000 € je Gebäude innerhalb von 5 Jahren 2 Jahren (dies gilt auch für Anträge verschiedener Maßnahmen). Überschreitungen des Höchst-Fördersatzes werden dem Gemeinderat vorgelegt und entschieden. Pro Haushalt kann nur ein Antrag je geförderter Maßnahme gestellt werden.</p>
3.7.	<p>Die Richtlinie des Energiesparförderprogramms wurde im Gemeinderat am 13.10.2022 mit</p>	<p>Die Richtlinie des Energiesparförderprogramms wurde im Gemeinderat am 13.10.2022 2023</p>

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

	Beschluss-Nr. 334 beschlossen und tritt nach ihrer Bekanntmachung zum 01.11.2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Energiesparförderprogramm, mit Stand: 11.03.2021, außer Kraft.	mit Beschluss-Nr. 334 xx beschlossen und tritt nach ihrer Bekanntmachung zum 01.11.2022 01.04.2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Energiesparförderprogramm, mit Stand: 11.03.2021 13.10.2022 , außer Kraft.
--	--	---

Bis die aktualisierte Förderrichtlinie in Kraft tritt, werden eingehende Förderanträge weiterhin nach den derzeit gültigen Förderrichtlinien mit Stand vom 13.10.2022 geprüft.

Dem Gremium wurde das aktuell gültige Energiesparförderprogramm zugestellt.

Beschluss: 25 : 0

Das Gremium folgt der Empfehlung des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 02.03.2023, Nr. 41, die vorgelegten Änderungen der Energiesparförderprogramm – Richtlinie (Stand 13.10.2022) zu beschließen bzw. mit folgenden Hinweisen und Änderungen zu beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderrichtlinie entsprechend zu überarbeiten.

Die Richtlinie erhält den Stand 20.04.2023. Die Änderungen treten rückwirkend zum 01.04.2023 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Energiesparförderprogramm-Richtlinie, Stand 13.10.2022, außer Kraft.

AZ 6620
Bauamt

420

25

Musikschule Unterföhring e.V.: Genehmigung Haushaltsentwurf 2023

In der Gemeinderatssitzung am 08.12.2022 wurde das Gremium darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Musikschule Unterföhring e.V. rückwirkend zum 01.09.2022 in den Verband der Bayerischen Sing- und Musikschulen

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

aufgenommen wurde und ab diesem Zeitpunkt die Regelungen der Satzung des Vereins Musikschule Unterföhring e.V. und des Vertrages zwischen der Gemeinde und der Musikschule anzuwenden sind.

Gemäß § 4 Absatz 6 des Vertrages verpflichtet sich der Verein, seinen jährlichen Haushaltsentwurf vor Beschlussfassung durch das satzungsgemäße Gremium dem Gemeinderat Unterföhring vorzulegen und mit diesem abzustimmen.

Mit E-Mail vom 14.02.2023 ist der Vorstand der Musikschule dieser Verpflichtung nachgegangen und hat den Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 vorgelegt.

Dieser Haushalt geht für 2023 von Gesamtausgaben in Höhe von 762.943 € aus. Die ermittelten Einnahmen belaufen sich inkl. des Staatszuschusses auf 492.531 €. Demnach verbleibt bei der Gemeinde ein Defizit in Höhe von 270.412 €, das gemäß § 4 Absatz 1 des Vertrages als Zuwendung von der Gemeinde auszugleichen ist. Diese Zuwendung soll gem. § 4 Absatz 2 in Form von zwei Abschlagszahlungen am 1. Februar und am 1. Juli erfolgen. Die erste Rate i.H.v. 135.206 € wird nach Beschlussfassung durch das satzungsgemäße Gremium fällig und die zweite Rate in gleicher Höhe am 01.07.2023.

Die Verwaltung schlägt vor, dem Haushaltsentwurf 2023 und der Auszahlung der beiden Abschlagszahlungen à 135.206 € an die Musikschule Unterföhring e.V. zuzustimmen. Die erste Rate wird nach Beschlussfassung durch das satzungsgemäße Gremium und die zweite Rate zum 01.07.2023 fällig. Die genannten Haushaltsmittel sind in der Haushaltsplanung der Gemeinde Unterföhring für den Haushalt 2023 bereits berücksichtigt.

Beschluss: 25 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Haushaltsentwurf 2023 und der Auszahlung der beiden Abschlagszahlungen à 135.206 € an die Musikschule Unterföhring e.V. zu. Die erste Rate wird nach Beschlussfassung durch das satzungsgemäße Gremium fällig und die zweite Rate am 01.07.2023.

Auf die näheren Ausführungen im Sachvortrag wird Bezug genommen.

AZ 3120
Finanzen

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

421 25 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Hauptamt

421 25 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 04/2023 - Vereinszuschüsse bei Jubiläen

Mit Schreiben vom 04.04.2023 hat die Kolpingfamilie Unterföhring e.V. mitgeteilt, dass anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Vereins am 02.07.2023 im katholischen Pfarrzentrum ein kleiner Festakt stattfindet. Ferner soll für die Vereinsmitglieder ein Familienausflug mit Bus organisiert werden. Die Kolpingfamilie rechnet mit Gesamtkosten für diese Feierlichkeiten i.H.v. 8.000 € und bittet um einen Zuschuss.

Herr Erster Bürgermeister hat dem Verein einen Jubiläumszuschuss von 2.000 € zugesagt. Dies entspricht der Größenordnung, die auch andere Vereine mit ähnlichem Rahmenprogramm erhalten haben.

AZ 940
Finanzen

421 25 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 04/2023 - Aufstockung Pflegeeinrichtung Hofäckerallee; Baubeginn

Erste Bürgermeister bringt die Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates vom 11.03.2020, Nr. 1014, und des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.01.2021, Nr. 70 in Erinnerung. Dabei hat sich der Gemeinderat für den Antrag des Fördervereins vom 21.02.2020 ausgesprochen und stimmte grundsätzlich der Erweiterung der bestehenden Nutzungsflächen im Pflegeheim, Hofäckerallee, zu.

Die Verwaltung wurde ermächtigt und beauftragt, mit Architekturbüro Dolzer, Eggenfelden, in Abstimmung mit dem FSD, dem Seniorenbeirat und dem Betreiber der Pflegeeinrichtung eine Entwurfsplanung mit Kostenschätzung zu erstellen und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nach erfolgter Abstimmung mit dem Seniorenbeirat, dem Betreiber der Pflegeeinrichtung und den Vorsitzenden des FSD's erhielt die Verwaltung die Baugenehmigung im Sommer 2022 die erforderliche Baugenehmigung.

In Absprache mit allen Beteiligten wurde der Beginn der Maßnahme auf das Frühjahr 2023 verschoben, bis dahin wurden alle erforderlichen Gewerke ausgeschrieben und submittiert.

Die Verwaltung möchte mitteilen, dass nach derzeitigem Stand folgende Termine geplant sind:

- KW17 2023 (ab 24.04.2023) Aufbau Gerüst
- ab 08.05. 2023 Beginn Abbrucharbeiten und anschließend Montage der Holzkonstruktionen

Der Betreiber der Pflegeeinrichtung wurde im Rahmen des 1. Jour-Fixes für den Baubeginn informiert. Im Vorfeld wird bis zum Beginn der Gerüstbauarbeiten eine Baustellenzufahrt durch den gemeindlichen Bauhof in der öffentlichen Parkanlage errichtet.

Nach derzeitigem Rahmenterminplan ist eine Fertigstellung im Dezember 2023 geplant.

AZ 4810
Bauamt

Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

421

25

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 04/2023 - Bebauung auf dem gemeindeeigenen Grundstück an der Isaraustraße 25 "Junges Wohnen"

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass am 28.03.2023 einen Vor-Ort Termin zwecks der Bemusterung für das Projekt Junges Wohnen in der Firma Zimmerei Stark, Auhausen stattgefunden hat. Teilgenommen haben Mitglieder des Bauausschusses. Aktuell laufen die Vorbereitungen für die Zusammenfassung des Bemusterungstermins. Diese wird in der Sitzung im Mai/Juni dem Gemeinderat zur Beschlussvorlage vorgelegt.

AZ 621

Bauamt

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer